

Zur Zukunft der Rundfunkfinanzierung

Der Rundfunkrat des WDR bittet die Intendantin, sich für ein zukunftssicheres und stabiles Finanzierungsmodell für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzusetzen und dieses unter Beachtung folgender Punkte auf der Ebene der Intendanten/innen zu entwickeln:

- **Die Bestands- und Entwicklungsgarantie muss auch finanziell sichergestellt bleiben**
Das neue Modell hat den Entwicklungen im Zeitalter der Digitalisierung und der Konvergenz Rechnung zu tragen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch finanziell dazu in der Lage sein, auf allen Verbreitungswegen seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Das bislang ausschließlich gerätebezogene Modell stößt in einer Welt mit Multifunktionsgeräten, die auf unterschiedlichem Weg den Rundfunkempfang ermöglichen, an seine Grenzen. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass ein gerätebezogenes Gebührenmodell verfassungsrechtlich abgesichert ist.
- **Das neue Modell muss aufkommensneutral sein**
Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen auch in Zukunft der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet sein. Haushaltsoptimierungen sind zu realisieren. Das Verhältnis zwischen den privaten und nicht-privaten Gebührenzahlern/innen darf sich nicht zu Lasten der privaten Gebührenpflichtigen verschieben. Zugleich sind mit Blick auf Solo-Selbstständige und Kleinst-Unternehmer Entlastungsklauseln vorzusehen.
- **Vereinfachte Erfassung der Gebührenpflicht**
Das bisherige Modell des Gebühreneinzugs stößt auf immer mehr Kritik. Ein neues Modell sollte die Feststellung der Gebührenpflicht transparenter gestalten und den Kontrollbedarf verringern. Mögliche Änderungen sind mit Blick auf europarechtliche und abgabenrechtliche Vorgaben sorgsam zu gestalten. Eine reine Haushaltsabgabe ist unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten möglicherweise problematisch. Das Know-How und die Effizienz eines gemeinsamen Dienstleistungszentrums für ARD, ZDF und Deutschlandradio hat sich bewährt.
- **Die ARD als Solidargemeinschaft**
Die Bonner bzw. Hamburger Beschlüsse sind auf lange Sicht zu bürokratisch. Der WDR-Rundfunkrat fordert die Intendantin auf, mit dem neuen Gebührenmodell den Finanzausgleich zukunftssicher zu gestalten. Die ARD funktioniert als Solidargemeinschaft. Entsprechend müssen die einzelnen Landesrundfunkanstalten auch in finanziell schwierigen Zeiten füreinander einstehen. Bestehende Kooperationen sollen fortgesetzt und weitere Kooperationsmöglichkeiten realisiert werden.

Die Zeit drängt. Bereits zum Juni 2010 wollen die Ministerpräsidenten einen neuen Modell beraten, damit nach Ende der laufenden Gebührenperiode ein solches umgesetzt werden kann. Der Rundfunkrat des WDR bittet daher die Intendantin nachdrücklich, sich für ein Modell einzusetzen, das den obigen Maßstäben entspricht.